Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich Pfg., monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614

Insertionspreis Pfg. für die 6-gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit Teuerungszuschlag. Z. Zeit gilt tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Rabatt. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spaltzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend Mk., für die Postversandtage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Strikte Platzvorschrift 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Netzpreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen verschl. Inserenten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Amtlicher Teil.

Fettverteilung.

Die Buttereingänge sind in dieser Woche infolge des Landarbeiterstreiks und der Maul- und Klauenseuche außerordentlich zurückgegangen.

Es können daher auf die Zeit vom 9. bis 15. August 1920 im Kommunalverband Meißen-Stadt und -Land auf den Abschnitt K der Landesfettkarte **nur 100 g Kokosfett** zum Preise von 3,20 Mk. zur Ausgabe gelangen. Das Kokosfett wird erst am Montag vormittag in Meißen verladen werden, damit es sich bei der Hitze nicht über Sonntag auf der Bahn befindet und möglichst frisch am Dienstag bei den Kleinhändlern eintrifft.

Sämtliche Butter ist an die Bezirkssammelstellen abzuliefern.

Die Krankenbutterkarten werden mit 50 g Butter beliefert.

Meißen, am 6. August 1920. Nr. 863 II O.

5688 **Kommunalverband Meißen-Stadt und -Land.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichskanzler Fehrenbach ist auf einige Zeit nach Freiburg i. B. gefahren, während sich Außenminister Dr. Simons auf 14 Tage zur Erholung in die Schweiz begeben hat.

* Die Reichsregierung hat in Warschau ernste Vorstellungen wegen der schlechten Behandlung der Deutschen in den abgetretenen Gebieten erhoben.

* Der Staatssekretär z. D. Dr. Peters ist vom Reichspräsidenten zum Reichskommissar für Entwaffnung ernannt worden.

* Der Volkswirtschaftsausschuß des Reichstages genehmigte eine beträchtliche Herabsetzung der Schlachtviehpreise.

* In Karlsruhe haben die Eisenbahner wieder eine Anzahl mit Munition beladener Eisenbahnwagen angehalten.

* Nach einer Erklärung des bayerischen Landwirtschaftsministers soll die Brotration von 200 auf 300 Gramm täglich erhöht werden.

* Die Flaggenaffäre der Berliner französischen Botschaft ist erneut Gegenstand eines deutsch-französischen Notenwechsels geworden.

* Nach unbestätigten Meldungen aus London sollen einige englische Divisionen und die gesamte Flotte mobilisiert worden sein.

* Die Kosten der englischen Besatzung im Rheinland betragen bis jetzt schon über 49 Millionen Pfund.

* Die Vortruppen der Bolschewisten stehen bereits vor den Außenwerken von Warschau.

Ferien?

Der Reichstag ist wirklich und wahrhaftig in die Ferien gegangen, nicht ohne seine eigenen Gewissensbedenken wegen dieses Entschlusses mit der Möglichkeit eines allgemeinen Eisenbahnstreiks in Deutschland und ähnlichen schlimmen Gefahren zu beschwichtigen. Mit einigem Staunen hört man nun auch, daß der Reichskanzler sich für einige Zeit wieder nach seiner Vaterstadt Freiburg, und der Minister des Äußern für 14 Tage zur Erholung nach der Schweiz begeben will. Alles andere hätte man nach den Nachrichten der letzten Zeit eher erwartet, als diese Unstillbarkeit einer Feriensehnsucht, so sehr man sie auch, nach den schweren Heimsuchungen der letzten Monate, bei allen, die von ihnen an hervorragender Stelle betroffen wurden, begreifen mag. Früher hatten wir selber es noch einigermaßen in der Hand, den Gang der Ereignisse soweit wenigstens zu bestimmen, daß unsere leitenden Männer sich ohne ernstere Sorgen für wenige Wochen ausschalten konnten, um Geist und Körper neu zu beleben. Jetzt sitzen stärkere, unserer Einwirkung so gut wie völlig entzogene Kräfte am Webstuhl der Zeit. Richtige Ferien sind uns nicht mehr vergönnt, und wer an verantwortlicher Stelle steht, kann sich nur mit tausend Ängsten und Befürchtungen einmal zurückziehen, um auszuspannen oder Privatgeschäften nachzugehen. Der Wirbel der Ereignisse, der ohne Unterlaß uns umkreist, kann jeden Augenblick auch Deutschland wieder in sturmbewegte Katastrophen hineintreiben. Da darf der Mann am Steuer die Lenkung des Staatsschiffes keinen Augenblick aus der Hand geben.

Der Alarmschuß des Ministers Dr. Simons in der letzten Reichstagssitzung hat wohl auch dem gleichgültigsten Zeitgenossen die Augen geöffnet. Es will schon etwas besagen, wenn danach die Unabhängigen den sorgfältig vorbereiteten Obstruktionsfeldzug gegen ein ihnen lästiges Gesetz aufgeben, eine Haltung, die wohl auch im Ausland allenthalben die verdiente Würdigung gefunden haben wird. Inzwischen ist in Paris eine deutsche Note überreicht worden, durch die in der immer noch streitigen Kaggenfrage das Schiedsgericht des Völkerbundes angerufen wird. Daß Frankreich mit so großer Hartnäckigkeit hier auf Forderungen besteht, deren Erfüllung offenbar von der deutschen Regierung als eine Unmöglichkeit empfunden wird, darf schon an sich nicht wundern. Denn Frankreich hat niemals zu den Mächten gehört, die in nationalen Ehren- und Etiquettenfragen mit sich reden lassen; wenigstens dann nicht, wenn der andere Teil ein wehrlos am Boden liegendes Volk ist. Von England hat es sich in der Faschodafrage z. B. ziemlich brutal behandeln lassen, dieses Mißgeschick aber nach einigem Zähneknirschen als unabwendbares Verhängnis hingenommen, weil ihm höheres auf dem Spiele stand. Auch jetzt liegt ihm nicht lediglich daran, das tausendmal gedemütigte Deutschland noch tiefer in den Staub zu treten. Die Vorgänge im Osten lassen es Herrn Millerand geraten erscheinen, den neuen Streitfall, den der allzeit gütige Himmel ihm geschickt, keinesfalls vorzeitig aus der Hand zu geben. Man kann nicht wissen, wozu er noch zu brauchen sein wird. Die Neutralität, die wir dem russisch-polnischen Kriege gegenüber feierlich und nachdrücklich gelobt haben, ist natürlich vom völkerrechtlichen Standpunkt aus ganz und gar nicht anzutasten. In Paris aber hat man sie wie eine halbe Kriegserklärung aufgenommen und weiß im Augenblick noch nicht recht, wie man sich dazu stellen soll. Ist die Not in Warschau am größten, so möchte Marschall Foch den lieben Polen am nächsten sein. Aber mit den wenigen Polonlazügen, zu deren Durchführung wir uns in Deutschland verpflichtet haben, ist natürlich nicht viel auszurichten, und die Ententezüge in die besetzten Gebiete unserer Ostmark können, soweit man auch ihren Mißbrauch zu kriegerischen Zwecken treiben wollte, für Polen im besten Falle doch nur einen Tropfen auf den heißen Stein bedeuten. So gärt und brodelt es wieder einmal in dem französischen Hexenkessel, und wir können einigermaßen begierig darauf sein, wie man in Paris die neueste Note des Herrn Dr. Simons beantworten wird.

Inzwischen sucht Lloyd George mit schärfstem diplomatischen Druck den Freunden seiner Freunde zu Hilfe zu kommen. Einer eigenen übergroßen Begeisterung für die Polen ist er nicht mehr verdächtig, aber ebensowenig kann ihm daran gelegen sein, die Moskauer Sowjetregierung übermächtig werden zu lassen. Er möchte diesen polnisch-russischen Pelz gern waschen, ohne ihn sonderlich naß zu machen und sieht sich, so schwere Meisterstücke der Staatskunst ihm auch schon geglückt sind, doch immer wieder vor noch schwierigere Aufgaben gestellt. Allem Anschein nach stehen wir jetzt vor dem Endspurt zwischen Lloyd George und Lenin. Kein Mensch vermag zu ermessen, ob es der Diplomatie gelingen wird, den Knoten zu lösen, der sich dort im Osten zusammengeschürzt hat, ob nicht vielmehr das Schwert, wie den russisch-polnischen, so auch noch manchen anderen Knoten des Gewebes von Versailles durchschneiden muß. Deutschland ist wieder einmal zwischen Hoffnungen und Befürchtungen gestellt. Wir schreiten, wie Dr. Simons mit Recht sagte, auf einem vereisten Grat und können jeden Augenblick in den Abgrund stürzen. Schlechte Vorbedingungen für Hochsommerferien!

Die Rote Armee vor Warschau.

Beginn der Verhandlungen.

In Minsk haben nunmehr die neuen polnisch-russischen Verhandlungen begonnen, nachdem die polnischen Delegierten mit erweiterten Vollmachten dort eingetroffen sind. Ein Einfluß der Beratungen auf die militärischen Operationen ist allerdings noch nicht bemerkbar geworden.

Die letzten Nachrichten aus Warschau besagen nämlich, daß die Vorhut der russischen Armee bereits vor den äußeren östlichen Befestigungswerken von Warschau steht. Unter der Bevölkerung herrscht große Panik. Die polnischen Regierungsmitglieder haben Warschau bereits verlassen.

Die polnische Regierung hat die Führer der englischen und der französischen Mission gebeten, persönlich nach London bezw. Paris zurückzukehren, um ihren Regierungen mündlich Bericht über die Lage in Polen zu erstatten. Auch sind die Führer der beiden Missionen ersucht worden, ihren Regierungen Vorschläge über die Mittel zu unterbreiten, die geeignet wären, die Hilfeleistung für Polen vorteilhaft zu gestalten.

Ein deutsches Sachverständigenurteil.

Wie von zuständiger militärischer Stelle in Königsberg i. Pr. erklärt wird, hat die polnische Verteidigung hinter der Pissa nicht standgehalten. Die Bolschewisten sind mit ihren Vorhuten südlich der Grenze weit über die Pissa vorgedrungen und zwar bis zum Rosogafluß südöstlich von Ortelsburg. Weiter südlich stehen die roten Truppen vor Ostrolenka und Ostrow. Gleichzeitig mit dieser Vorwärtsverlegung der Flanke ist auch die Buglinie von der Bahnlinie Bialystock—Warschau bis Brest-Litowsk überall erreicht und durch Patrouillen an mehreren Stellen bereits überschritten worden. Bei Drogischyn ist sogar schon ein Übergang in größerem Umfange vollzogen worden. Bei Brest-Litowsk wird heftig gekämpft. Diese Erfolge der Bolschewisten, ferner die schon erwähnten Schanzarbeiten bei Mlawa, und endlich die schon im polnischen Bericht verzeichneten Umgruppierungen im Abschnitt Brest-Litowsk—Luck lassen erwarten, daß die Polen sich auf die Weichsellinie alsbald zurückziehen werden. Das letztere ist inzwischen auch schon geschehen.

Kein deutsch-russischer Vertrag.

Die Reichsregierung läßt amtlich mitteilen: „Notiz Pariser" und „Times" bringen am 5. August den Text eines angeblich durch Geheimrat v. Malzahn im Auftrage der deutschen Regierung und Herrn Kopp im Auftrage der Sowjetregierung vereinbarten Vertragsentwurf über wirtschaftliche und politische Abmachungen zwischen Deutschland und Rußland in Verbindung mit der militärischen Lage im Osten. In gleicher Weise wird von dem Bureau Havas verbreitet, daß bereits vor der polnischen Offensive ein Geheimvertrag zwischen Deutschland und Sowjetrußland bestanden habe. Diese beiden Meldungen entbehren jeder tatsächlichen Grundlage und sind frei erfunden. Zwischen Deutschland und Rußland bestehen keinerlei derartige Abmachungen.

Tschitscherin gegen Lloyd George.

Die russische Antwort, von Tschitscherin unterzeichnet, ist beim Londoner Kabinett eingegangen. In dieser Antwort erklärt Tschitscherin, daß die Bolschewisten die Operationen gegen die Polen nicht einstellen können. Die Bolschewisten sind aber geneigt, mit Polen Frieden zu schließen, seine volle Unabhängigkeit anzuerkennen und ihm bezüglich der künftigen Grenzen Großmut zu zeigen. Dagegen lehnen sie es ab, die Randstaaten zu den Verhandlungen zuzulassen. Ferner hat Lenin erklären lassen, er könne keinen Auftrag geben, die Feindseligkeiten einzustellen, da sonst der Ausbruch einer Gegenrevolution im russischen Heere zu befürchten sei, das nicht zufrieden sein würde, bis Warschau genommen sei.

Englischer Druck auf Deutschland?

Im Unterhause fragte der Abg. Wedgewood, ob die Alliierten einen Druck auf die Tschecho-Slowakei ausübten, damit diese Polen beistehe. Lloyd George erwiderte: „Alles hängt von der Antwort ab, die wir von Rußland erhalten werden. Wenn die Anwort unbefriedigend ist, werden wir selbstverständlich auf jedermann einen Druck ausüben, damit er Polen die nötige Unterstützung leiste." Wedgewood forderte dringend eine Erklärung, daß, wenn die Antwort unbefriedigend sein sollte, kein Druck auf die Tschecho-Slowakei oder andere Grenzstaaten im Sinne einer bewaffneten Intervention zugunsten Polens ausgeübt werde. Lloyd George sagte: „Wenn die Antwort unbefriedigend ist, und wenn es völlig klar wird, daß die Sowjetregierung beabsichtigt, Polen zu unterdrücken, dann bin ich bestimmt nicht in der Lage, ein derartiges Versprechen zu geben." Es sieht fast so aus, als ob sich diese Spitze gegen Deutschland richten solle.

•

England und Ludendorff.

Ententespekulation auf deutsche Waffenhilfe.

Churchill ist mit seiner Meinung, daß ein Zusammenwirken von England, Frankreich und — Deutschland gegen das bolschewistische Sowjetrußland anzustreben, durchaus nicht so vereinzelt in England, wie das bisher bekannt gewordene Echo der Presse dort vermuten läßt und Lloyd George in einer wegwerfenden Bemerkung hatte glauben machen wollen. Das englische Arbeiterblatt „Daily Herold" weiß denn auch tatsächlich zu berichten, Lord Kilmarnock, der einstweilige englische Geschäftsträger, habe mehrfach mit den Generalen Hoffmann und Ludendorff über die Möglichkeit eines militärischen Vorgehens gegen die bolschewistische Armee gesprochen. Die Unterredungen seien durch den bayerischen Gesandten in Berlin und den bayerischen Premierminister vermittelt worden. Die Generale hätten eine Armee von anderthalb Millionen als notwendig bezeichnet, um die Russen zu schlagen, und Ludendorff selbst habe sich erboten, die Führung zu übernehmen. Dieses Heer von anderthalb Millionen werde ausschließlich Deutschland aufbringen, falls der Vertrag von Versailles in gewissen Punkten grundlegend geändert werde. Danach ist die Stellung sogar des amtlichen England gar nicht so viel anders als die Churchills, und nach Lage der Dinge ist es auch nur natürlich: Bei der Ordnung des Ostproblems ist Deutschlands Mithilfe unumgänglich.

Über die Haltung Frankreichs finden sich an derselben Stelle folgende Mitteilungen: Vorläufig soll die französische Hilfe für Polen auf die Entsendung von Munition und anderem Kriegsmaterial über Danzig beschränkt bleiben. Die Verwendung französischer Truppen sei nicht aufgegeben worden, sondern Frankreich beabsichtige, Verstärkungen nach dem Osten über Schlesien zu schicken unter dem Vorwand, die Divisionen im Abstimmungsgebiet abzulösen. Diese Mitteilungen sind durch die Ereignisse teilweise überholt oder bestätigt worden. Sie sind an sich nicht neu, ebenso wenig wie die Besprechungen Lord Kilmarnocks mit deutschen Heer-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF